

Pressemitteilung

Mörfelden-Walldorf, 26.05.2020

Perspektive Wohnbau – Innen- und Außenbereiche

Falschdarstellungen der GRÜNEN

„Geheimbeschlüsse“ waren durch Bürgermeister Thomas Winkler initiiert

Die Darstellung der GRÜNEN in deren aktueller Presseerklärung über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses strotzt vor Unwahrheiten:

1. Die „klammheimliche Aktion“ wurde vom grünen Bürgermeister Winkler ausgelöst, der die Notsitzung für dieses sensible Thema missbrauchen und die wichtige demokratische Diskussion verhindern wollte. Der Magistrat hatte zuvor die Vorlage des Bürgermeisters abgelehnt mit der Begründung, dass sich das wichtige Thema nicht für Not- und Umlaufbeschlüsse eignet. Der Bürgermeister hatte sich dem Votum des Magistrates widersetzt und die Vorlage dennoch in den nichtöffentlichen HFA eingebracht. Aus diesem Grund sahen sich die Freien Wähler gemeinsam mit SPD und FDP als Koalition gezwungen, neben dem Vorschlag des Bürgermeisters eine eigene Vorlage einzubringen.
2. Es wurde keineswegs beschlossen, bis 2030 3.000 Wohnungen zu bauen. Es wurde lediglich beschlossen, dass man sich der Prognose des Regionalverbandes anschließt. Beschlossen wurden entgegen der Darstellung der Grünen nur eine Umweltverträglichkeitsprüfung für ein mögliches Baugebiet in Walldorf Süd-Ost und eine Machbarkeitsstudie für das Gebiet „Im See“ in Mörfelden.
3. Planungsrechtlich handelt es sich bei dem Gebiet „Im See“ in Mörfelden um Innenbereich, also genau die Art von bebaubarer Fläche, auf die der Bürgermeister mit Innenverdichtung immer wieder abzielt.
4. Die Koalition hat den Vorschlag des Bürgermeisters nicht schlichtweg abgelehnt. Den zwei sinnvollen Standorten in Walldorf – Aschaffener Straße und Walldorfer Mitte in der Langstraße hat die Koalition zugestimmt. Vier der sechs Standorte, die der Bürgermeister vorschlägt, liegen in Walldorf in eng besiedeltem Stadtgebiet – zu Lasten von Spielplätzen oder direkt am Friedhof – städtebaulich wie sozial nicht vertretbar.
5. Die Vorlage des Bürgermeisters enthält an keiner Stelle das Wort „Sozialwohnungen“.

Die Koalition hält es für sinnvoll und erforderlich, u.a. auch Sozialwohnungen zu bauen, aber sozial verträglich und eben nicht nur Sozialwohnungen, sondern auch Wohnungen für Geringverdiener und frei finanzierte Wohnungen, um eine ausgewogene Sozialstruktur zu behalten. Die Alternative wäre das Entstehen sozialer Ghettos.

Ohne eine Außenentwicklung zumindest langfristig zu prüfen – und der Bürgermeister lehnt ja sogar eine Umweltverträglichkeitsprüfung ab, obwohl er mit fehlender Umweltverträglichkeit argumentiert – ist der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum kurzfristig wie langfristig nicht zu decken. Hier werden weder der Bürgermeister noch die GRÜNEN ihrer sozialen Verantwortung gerecht.

„Die Freien Wähler stehen zu der sozialen Verantwortung, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und eine Perspektive zu bieten. Maßvolle Entwicklung auch im Außenbereich soll umweltverträglich gestaltet werden – eben deshalb wurde neben einer unverbindlichen Machbarkeitsstudie für „Im See“ und eine Umweltverträglichkeitsprüfung für Walldorf Süd-Ost beschlossen – nicht mehr aber auch nicht weniger“, so der Vorsitzende der Freien Wähler Mörfelden-Walldorf Burkhard Ziegler abschließend.

Burkhard Ziegler, Freie Wähler Mörfelden-Walldorf e.V.